

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

ersch. täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis vierteljährlich hier 1.10 M., mit Tragereisen 1.30 M., im Reichsgebiet 1.20 M., im übrigen Württemberg 1.30 M., Monatsabonnement 40 Pfennig.

Verlagspreis Nr. 29.

85. Jahrgang.

Verlagspreis Nr. 29.

Anzeigen-Gebühr
1. 1/2 Spalte, 10 Zeilen und gerader Schrift oder deren Raum bei 1mal. Wochensatz 10 Pf.
bei mehrmaligen entsprechend Rabatt.

Mit dem Württembergischen, Staat. Sonntagblatt und Schwab. Landwirt.

1909

Dienstag, den 22. Juni

M 143

Vergessen Sie nicht

unsere Zeitung für das bald beginnende III. Quartal bei Ihrem Postamt oder Briefträger neu zu bestellen, damit eine Unterbrechung in der regelmäßigen Zustellung vermieden wird.

Amthches.

Bekanntmachung.

Als stellv. Vertrauensmann der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für den Schwarzwaldkreis in der Gemeinde Münderbach ist Herr Johs. Dürr, Wagner u. Gemeinderat in Münderbach auf den Rest der Wahlperiode 1907/1910 bestellt worden. Dies wird hierdurch öffentlich bekannt gegeben.
Nagold, 19. Juni 1909.
R. Oberamt. Rager, Reg.-Aff.

Bekanntmachung

Pferdeprämierungen finden in diesem Jahr statt:
I. für Pferde des Landbeschlages:
1. in Bietigheim am Dienstag, den 6. Juli 1909,
2. in Waldsee am Mittwoch, den 14. Juli 1909,
3. in Saulgan am Donnerstag, den 15. Juli 1909,
II. für Pferde des kaltschlägigen Schlages:
in Wüstenrot am Donnerstag den 1. Juli 1909.
Vorbehaltlich einzelner, durch die tatsächlichen Verhältnisse etwa nötig werdender Veränderungen sind an Preisen anzusetzen für:
Bietigheim 3800 M.
Waldsee 5400 M.
Saulgan 6200 M.
Wüstenrot 3800 M.

Die näheren Bedingungen über die Preisbewerzung sind im landwirtsch. Wochenblatt vom 12. Juni, Nr. 24, enthalten.
Nagold, 21. Juni 1909.
R. Oberamt. Ritter.

Au die Ortspolizeibehörden.

Die Ortspolizeibehörden werden auf den Erlaß des R. Ministeriums des Innern vom 31. Mai 1909, Amtsbl. S. 247, betr. die Sperrezeiten für den Landbesitz hingewiesen.

Um einen Ueberblick über die im Bezirk in dieser Hinsicht bestehenden Verhältnisse und die Befestigung einzelner unbegründeter Besitzverhältnisse zu erlangen, wolle bis 5. Juli 1909 berichtet werden, während welchen Zeitraums die Sperre in jeder Gemeinde besteht.

Bei Einbringung des Berichts ist darauf Bedacht zu nehmen, daß dieselbe möglichst bei Gelegenheit einer anderen Sendung ans Oberamt erfolgt.
Nagold, 21. Juni 1909.
R. Oberamt.

Politische Ueberblick.

Die Stellung des Kanzlers. In ihrem Wochenblatt am letzten Samstag schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Wir glauben einer Angabe des „Deutschen Volkes“ entgegenzutreten zu sollen. Unter Berufung auf konservative Kreise wird in dieser Korrespondenz behauptet, die Konservativen glaubten zu wissen, daß trotz aller gegenteiligen Versicherungen die Stellung des Fürsten Bälou seit den Novembertagen erschüttert sei und ihm auch in Wiesbaden nur noch die Aufgabe gestellt wurde, die Reichsfinanzreform so oder so zu erledigen. Uns ist nichts bekannt, welche Konservative dies zu wissen glaubten. Wir können jedoch feststellen, daß ein solches Wissen, wenn es irgendwas gebogen werden sollte, jeder Begründung entbehren würde.

Unter der Ueberschrift „Ein Föhnwindstrahl“ schreibt die „Allg. Ztg.“ in einem längeren Artikel u. a.: Die Erklärung der Reichspartei, daß es allen konservativen Ueberlieferungen widerspreche, wenn man den verhängten Regierungen parlamentarische Verantwortlichkeiten aufzudrängen wolle, verführt jeden Strahl der Hoffnung, daß die bürgerlichen Parteien und, wenn das Zentrum bei seiner freiwilligen Aufschaltung beharrt, im Blick der konservativ-liberalen Parteiung sich am Ende doch noch auf der Linie der nationalen Pflichterfüllung finden werde. Die Rede des Sprechers der Konservativen war freilich ein Produkt des Jorues, die eigenständige Verantwortung auf dem Schein, aber sie hat trotzdem den Anblick auf ein

Terrain, auf dem vielleicht eine Verständigung auch jetzt noch möglich ist. Graf B. hat vorliegend deutlich, daß ein Teil der Konservativen bereit gewesen sei, die Erbschaftssteuer anzunehmen, durch das Verjagen der Liberalen bei den Reichstagswahlen habe sich aber die Situation vollkommen verändert. Der sozialdemokratische Zwischenruf: „Also Brautwein für Erbschaft!“ hat die durch dieses Bekanntnis entfaltete Sachlage brutal, aber zutreffend gekennzeichnet. Vielleicht hat der konservative Führer mit dieser Erklärung den Nagel einschlagen wollen, an dem eine Verständigung über die Reform jetzt noch angehängt werden kann.

Die Reichstags-Konservativen mahnen auch ein sühnendes Wort zur Einsicht. In einer Versammlung des konservativen Bezirks in Erfurt wurde die Vereinstleitung beauftragt, die Fraktion in Kenntnis zu setzen, daß der Verfall des konservativen Bezirks für Erfurt und Umgegend zu befürchten stünde, wenn die konservative Reichspartei sich noch länger ablehnend gegen die Regierungsvorschläge verhielte. Mit großem Mißfallen wurde darauf hingewiesen, daß die Partei in der letzten Zeit in so enge Fühlung mit der Zentrumspartei getreten sei. Allgemein kam das Verlangen zum Ausdruck, daß die konservative Partei im Reichstag nicht länger mehr den selbstschädlichen Zweck des agrarischen Flügels beizubehalten lasse.

Der Senatorenkonvent des Reichstags einigte sich über folgenden Geschäftsplan: Heute soll zunächst die jetzige Generaldebatte über die neuen Erbschaftssteuerentwürfe fortgesetzt und im Anschluß daran das Finanzgesetz beraten werden. Dabei wird eine Geschäftsverordnungsdebatte über die Frage entfallen, ob es zulässig ist, die von der Finanzkommission neu beschlossenen Steuerentwürfe sogleich im Plenum zur weiteren Beratung zu stellen. Dann wird an die Erörterung der Beschlüsse herangeführt werden und zwar beginnend mit der Reform der Erbschaftssteuer. Inzwischen soll die Kommission die von der Regierung vorgelegten Erbschaftssteuerentwürfe vorbereiten und zwar zuerst die Schenkungssteuer, damit diese möglichst bald wieder an das Plenum kommt.

Kubers Carnegeie richtet von seinem holländischen Landtag aus in einem Brief an die „Times“ einen berechneten Appell an England, die europäischen Nationen zu Verhandlungen über die Steuerfragen einzuladen, da es auch jenseit des Ozeans eingeführt und damit die gegenwärtige Unruhe veranlaßt habe.

Kuba sollte nach einem spanischen Vorschlag einen Teil der spanischen Nationalanleihe übernehmen. Dem spanischen Gesandten in Havanna wurde jetzt vom Staatssekretär Beley mitgeteilt, daß man es ablehne, Spaniens Vorschlag in Erwägung zu ziehen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. Juni.

Am Tische des Bundesrats Fürst Bälou, Herr v. Rheinbaben, Spöck, Delbrück.

Die Aussprache über die Reichsfinanzreform.

(Erste Sitzung der Erbschaftssteuer der Regierung.)
Der holländische Finanzminister Freyher v. Rheinbaben: Herr Kommissar hat gestern erklärt, er begriffe die überstaatliche Verantwortung in der Erbschaftssteuer und habe nur den Wunsch, daß sie nicht etwa nur gegen Freikunde, sondern auch gegen die Großgrundbesitzer angewandt werde. Gegen einen solchen Argwohn muß ich mich nachdrücklich verwahren. Vor dem Gesetz sind alle gleich, vom Tagelöhner bis zum Großgrundbesitzer, vom Kommerzienrat bis zum Fabrikarbeiter. Es würde der erste Grundsatze der gleichmäßigen Besteuerung verletzt werden, wenn irgend welche Ausnahmen gemacht würden. Es liegt auch nicht der Schatten eines Beweises vor, als ob wir Fraktionspolitik in die Steuerpolitik tragen, das wäre ja geradezu verwerflich. Nun sind allerlei Ritzierungen über Einschätzungen auf dem Tische gemacht worden. Wenn solche Nachrichten zu unserer Kenntnis kommen, so geben wir ihnen natürlich nach, und wenn sie begründet sind, so schaffen wir Abhilfe. In der Reichspartei der Mitte stellt sich aber heraus, daß die Sache ganz anders liegt. Es kann in ganz legaler Weise vorkommen, daß auch bei erheblichem Vermögen in der Landwirtschaft oder in der Industrie in einzelnen Jahren keine Einkommensteuer zu zahlen ist, weil eine Fabrik mit Verlust gearbeitet hat oder weil der Bauer von Missernten getroffen worden ist. Wir erkennen durchaus an, daß auch in Preußen das Vermögen und das Einkommen nicht überall doll erfasst werden. Infolge der Kritik des Professor Delbrück haben eingehende Erörterungen stattgefunden. Eine strenge Nachprüfung wird vorgenommen.

Eigentlich ist es aber, daß wir jahrelang im Abgeordnetenhaus wegen zu harter Beanspruchungen auf der Steuerlast liegen mußten und daß man uns jetzt vorwirft, daß zu milde eingeschätzt wird. Reif liegt bei den Ueberlegungen eine solche Ansicht nicht vor. Formel ist einseitig die Finanzminister in Preußen und wohl auch in anderen Bundesstaaten bei der materiellen Festsetzung des Einkommens vollkommen ausgeschaltet. Sie liegt in den Händen der Selbstverwaltung.

Bruch (Repr.) spricht für die Kollerungssteuer und erklärt die Zustimmung seiner Freunde zur Erbschaftssteuer. Württembergischer Finanzminister Dr. v. Schler: Auch ich stelle fest, daß unter den Verbündeten der Regierung hinsichtlich der Erbschaftssteuer vollkommen Einmütigkeit besteht. Die württembergische Regierung hat sich vom ersten Anfang der Verhandlungen an durch alle Stadien hindurch mit Nachdruck für eine Bekämpfung der Erbschaftssteuer und Begrenzung der Steuerlast ausgesprochen. (Beifall links, Lurde rechts). Ein erheblicher Teil des Steuerbedarfs muß durch Besteuerungen aufgebracht werden. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß wir zu einer Einigung kommen, denn bei einer so weitgehenden finanziellen Belastung unserer gesamten Volkswirtschaft, muß es für den Besitz eine Ehrenpflicht und eine soziale Pflicht sein, nach Kräften zur Hebung der Finanznot des Reiches beizutragen. (Beifall links.)

Bayer (Abd. Sp.): Wenn die öffentliche Diskussion sich solange mit einer Frage, wie die der Einschätzung der Großgrundbesitzer beschäftigt, dann ist es nicht nur Recht, sondern Pflicht der Abgeordneten, auf solche Mißstände hinzuweisen und die Regierung aufzufordern, sie abzuhelfen. Dieser Pflicht ist der Abg. Kommissar nachgekommen. Wenn wir heute unsere Beratungen abschließen, so wird ein Gefühl großer Enttäuschung durch das Reich gehen, denn die Verhandlungen haben nicht die geringste Klärung gebracht. Der preussische, der sächsische und der württembergische Finanzminister haben uns erklährt, ins Gewissen geredet. Wagt man, glaubt man, daß auch nur ein einziges Mitglied dieses Hauses deswegen seine Anschauungen einer Korrektur unterziehen wird? (Beifall.) Es bleibt alles beim alten; das Bestreben geht eben weiter. Wenn die Regierungen vielleicht vor einem halben Jahre mit diesem schweren stillen Vorwurfe sich an uns gewandt hätten, dann hätte das etwas Wert gehabt. Aber jetzt hat die Regierung, die seit Monaten auf jedermann den Eindruck der Unschlüssigkeit und Schwäche gemacht hat, das Recht verfehrt, vom Standpunkt der Autorität aus auf zu belehren. Ihre Nachsicht hat sich gerächt. Keine Eingeladung wird die Konservativen und das Zentrum hindern, den Reichstag und die Regierungen vor die Kraftprobe zu stellen, die sie nun einmal riskieren wollen. Wie die Entscheidung ausfallen wird, kann niemand prophezeien, aber ihre Konsequenzen wird die Entscheidung haben. Die gesamte Dink wird sich auf das Entscheidende dafür bedeuten, an einer so verhängnisvollen Reform ohne Erbschaftssteuer mitzuarbeiten. Dann wird die neue Mehrheit, wenn sie eine solche Arbeit, zu leisten haben, was sie positiv zu leisten vermag. Bringen Sie eine Mehrheit zustande, welche nach Ihrem Rezept, das Erforderliche an neuen Steuern aufbringt, dann werden die Regierungen die Probe zu bestehen haben. Sie werden sich überlegen müssen, ob sie für die Beschäfte der Mehrheit vor dem Volke die Verantwortung werden übernehmen können. Ist die Verantwortung zu schwer, so wird nicht übrig bleiben, als der Appell an das Volk. Auch der Reichsplan wird seine Konsequenzen ziehen müssen. Findet sich auch für die Erbschaftssteuer eine knappe Mehrheit, so sind doch noch viele Schwierigkeiten zu lösen, denn diejenigen, die die Erbschaftssteuer anzunehmen, können nicht gleichzeitig für alle Steuerprojekte der Regierungen mit allem Nachdruck eintreten. Also wieder drängt eine Auflösung des Reichstags. Was aus eben steht, ist ein großzügiges Steuerprogramm. Statt dessen wird man wie ein Gerich auf gerichtetem Kahn ein planlos zusammengetragenes Sammellagerium von Steuern in den Hafen rudern. Da sieht man, wohin man kommt, wenn man ohne den Kompaß fester Grundsätze das Schifflein in die Brandung setzen läßt. Eine allgemeine Reichsgrundsteuer ist der einzige Ausweg. Der Block gebiet der Erbschaftssteuer an und wird nicht mehr aufzuheben. Jedenfalls wird er uns eine lehrreiche und höchst interessante Erinnerung sein. Ob die Konservativen bei der Koalition mit dem Zentrum ihre Rechnung finden werden, ist eine Frage, die sie selbst zu beantworten haben. Das Zentrum zahlt einen hohen Preis und wird versuchen auf die Reichslisten zu kommen. Wir sind gerichtet für die große Kraftprobe, die über kurz oder lang kommen wird. (Beifall links.)

Ein Schlußantrag wird angenommen, die Erbschaftssteuer der Regierung werden der Finanzkommission überwiesen.

Lehr.
Kaufmann
H. Brenholz
3,48 M. Die
ne groß.
den gestiftet
116 Pf.
de für Oden
die Malbinnen
Der Handel
auch waren
378 St. Per
nach Gegen
Erdingen, 1
nach, 1 Mügg
den gestiftet
er 35-32 M.
nt waren 33
den 24-29 M
hem alles zu
ste 143-149
M.
werden!
n 22. Juni.
edert (Holl)
R. V. a. 1.
n?
ver-
wer-
ent-
die
an.
ige.
ters
als:
ung
ur als
Oult-
be-
vorrätig
ig. -
quali-
balt-
lirlich
dabon-
röder
war,
Solro
für
viehkäufe
he Buchh.

Als nächster Gegenstand steht auf der Tagesordnung die zweite Beratung der ursprünglichen Finanzreformvorlagen, in der ihr durch die Kommission gegebener Fassung. Ein Antrag Bassermann will die neuen Steuern der Kommission als Initiativanträge ansehen und sofort in die erste Beratung einzutreten. Ein Antrag Singer will sie von der Tagesordnung absetzen.

Bassermann (nl.): Mein Antrag will aus den Schwierigkeiten herausheben, die in der Geschäftsordnungskommission entstanden sind, ohne daß die Verhandlungen aufgeschoben werden. Er bezieht sich auf die Kotierungskriterien, Wertzuwachs- und Umsatzsteuer, Körperschaftsteuer, dagegen nicht auf die Besteuerung der Einkünfte aus Gewerbebetrieben. Nach der Geschäftsordnung hat sich die Kommission nur mit dem ihr überwiesenen Gegenstande zu beschäftigen. Ich habe mich bemüht, die Praxis des Reichstages festzustellen. Danach hat die Kommission sich an sich nur mit Gesetzen zu beschäftigen, die ihr überwiesen sind. Von dieser Praxis ist nur abgegangen worden, wenn kein Widerspruch laut wurde. Wenn Widerspruch erhoben wurde, mußte die Beratung abgebrochen werden und die Antragsteller auf den Weg der Initiativanträge im Plenum verwiesen werden. Wir fordern also, daß die erwähnten Steuern hier zur ersten Beratung kommen und sich damit einverstanden, daß die zweite Beratung sich sofort anschließt.

Singer (Soy.): Es war ein glatter Bruch der Geschäftsordnung. Es handelt sich um Initiativanträge, die nur in der Reihenfolge der Initiativanträge zur Verhandlung kommen können.

Herr v. Rütten (Soy.): Es steht nirgends in der Geschäftsordnung, daß der Widerspruch irgend eines einzelnen bestimmte Regierungen verhindern kann. Wird Widerspruch eines Einzelnen erhoben, so hat das Haus darüber zu bestimmen. Beim Parlament war auch Graf Veltzow der Meinung, daß die Kommission über die Geschäftsordnung selbständig zu befinden hat. Von einem Bruch der Geschäftsordnung kann keine Rede sein.

Dr. Müller-Reding (sp. Sp.): Die Reichsfinanzreform die wir alle für eine rationales Notwendigkeit halten, wollen wir auch nicht um eine Stunde verzögern. Im Gegenteil, wir wünschen alle ihre möglichst rasche Erledigung. Aber wir haben auch die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die Geschäftsordnung nicht der Willkür einer zufälligen Mehrheit einfach ausgeliefert wird. (Beif. links). Es handelt sich hier um das allerwichtigste Prinzip, um den Schutz der Minorität. Das beste wäre, heute die Sitzung zunächst abzubrechen und die Anträge in erster Lesung auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu stellen. Es ist charakteristisch, daß die erste Lesung des nachträglichem Beschlusses in einer Beratung der Rechte des Reichstages besteht. (Große Lärme im Hrs.) Wir können für den Antrag Singer und dann für den Antrag Bassermann. (Beif. links).

Herr v. Camp (Sp.): Wir stehen durchaus nicht auf dem Standpunkt wie der Herr Dr., die Kommission hat zweifellos bona fide gehandelt. Wir werden aber für den Antrag Bassermann stimmen, gegen den Antrag Singer. (Sp.) Dr. Spahn (Hr.) rechtfertigt das Vorgehen der Kommission.

Singer (Soy.): Bei der Mehrheit geht Recht vor Recht. Herrberger (Hr.): 18 Fälle habe ich gefunden, in denen genau so verfahren worden ist, wie die Kommission es getan hat. Was können Sie nun gegen all das einwenden? Daß kein Widerspruch erfolgt ist? (Schallende Heiterkeit links und Mitte: Das ist es ja!).

Dann wird der Antrag Singer gegen Sozialdemokraten und Freirepublikaner abgelehnt. Beim Antrag Bassermann findet Zustimmung statt, der die Ablehnung des Antrages Bassermann mit 186 gegen 116 Stimmen ergibt.

Es wird nunmehr in die Beratung der Kommissionsvorlagen eingetreten, an 1. Stelle der Kotierungskriterien. Dr. Weber (nl.): Der Abg. Raab hat in der 1. Lesung gezeigt, daß er die Kotierungskriterien von seinem Standpunkte als Vorleser nur betrachtet. Die Hauptbestimmungen und Hypothekenschuldner werden diejenigen sein, die durch die Kotierungskriterien getroffen werden, man will den Bürgern helfen und trifft dabei den kleinen Sparer und Hypothekenschuldner. Das ist keine Politik für den Mittelstand. Der Herr Raab wird sich entwickeln zu einer machtlosen Organisation von Handel, Industrie und Mittelstand. (Beif. links).

Weiterberatung Montag 3 Uhr. Schluß 4 Uhr.

Tages-Neuigkeiten.

Uns Stadt und Land.

Regensburg, den 21. Juni 1909

Sommeranfang. Gestern Montagabend 9 Uhr war kalendermäßiger Sommeranfang mit dem Eintritt der Sonne in das Zeichen des Krebses. Die Tageslänge betrug gestern 16 Stunden 6 Minuten (Sommeranfang 4. 21. Sonnenuntergang 8. 27.) Wir hatten also gestern den längsten Tag und die kürzeste Nacht. Bis zum Schluß des Monats nimmt der Tag um 3 Minuten ab.

Von den Kaisermandarinen. Bei den diesjährigen Kaisermandarinen sollen, wie verlautet, erstmals auch Versuche mit neuen leichten Raschiergewehren, die nur mit geringem Patronengewicht oder Patronenstreifen versehen sind und keine Wasserlösung besitzen, gemacht werden. Die neuen Raschiergewehre sind leicht, billig und handlich und können ohne Schwierigkeit mit genügender Patronenanzahl auf jedem Feldzuge, Gefecht oder Pirsch angebraucht werden. Gleichzeitig werden während der Kaisermandarinen auch noch andere Versuche auf waffenmechanischen Gebieten an-

stellt werden, insbesondere auch nach der Richtung, inwiefern Raschiergewehre im Lande sind, die Feldartillerie, die bekanntlich noch immer einer besonderen Bedienung durch Infanterie bedarf, in der Bewegung und in der Feuerstellung zu unterziehen.

Herrenberg, 21. Juni. Bei der sehr kurz besuchten Vertrauensmänner-Versammlung des Bundes der Bauern wurde beschlossen, bei der Landtagswahl einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Die Versammlung wählte eine Deputation, die dem Schultheißen Jakob Schmid aus Tailingen die Kandidatur antrat. Schmid erklärte sich, wie schon gemeldet, zur Uebernahme der Kandidatur bereit.

Rebzingen O.K. Herrenberg, 21. Juni. Gestern abend halb 11 Uhr brach eine große mehr als 100 Jahre alte Scheuer, an der 5 Bessere Kariel hatten sowie 2 Wohnhäuser ab und nur ganz wenig konnte gerettet werden. Die von dem Schadenfeuer getroffenen 5 Familien haben eine große Armut zu erdulden.

Rottenburg, 20. Juni. Ein schwerer Unfall hat sich heute beim heiligen Konfessionen hier ereignet. Dem Fahrlehrer Anton Herrmann wurde von einem unerwartet losgehenden Adler die linke Hand zerschmettert, so daß der Verkehr nach Auflegung eines Notverbandes in die chirurgische Klinik nach Tübingen zur Amputation des Vorderarmes überführt werden mußte.

Calw, 21. Juni. Gestern ereignete sich auf dem Bahnhofs ein aufregender Vorfall. Ein angeblich von Konstantin zugehörendes Mädchen hatte im Abortraum des Bahnhofs ein Kind geboren, das in einer Schachtel liegend bei aufgefunden wurde. Man verbrachte das Mädchen, das nach ihren Angaben aus Kalb in der Schweiz kommen soll und eine Gebäranal in Württemberg aufsuchen wollte, in das hiesige Krankenhaus. Ob das Kind einen gewalttätigen Tod gefunden ist noch unermittelt.

Reutlingen, 19. Juni. Der Ausschuss des Gemeindefortschrittsverein für den Bezirk Calw tagte heute im hiesigen Rathausaal unter Anwesenheit von Oberamtsrat v. Veitbrand, Professor Beseinmeyer und Bauinspektor Schaal von Stuttgart. Ferner waren anwesend die Gemeindefortschrittsvereine von Reutlingen, Reutlingen und Calw. Das schriftliche Gutachten des Prof. Beseinmeyer, das für das Internachmen sehr günstig lautet, wurde verlesen. Nach Zustimmung der Erschienenen wurde beschlossen, die bisher im Ggachterverband beteiligten Gemeinden des Oberamts Reutlingen aufzusuchen, was eine ganz wesentliche Stärkung des Verbandes bedeutet. Der Verband zählt jetzt 90 Gemeinden. Im Verlauf der Sitzung wurde über die Frage der Beschaffung der Mittel für die Ausführung des Internachmens und die Frage des Anschlusses der Stadt Calw an das Internachmen verhandelt. Nach einer sehr lebhaften Debatte wurde der Beschluß gefaßt, den engeren Anschluß mit der Entscheidung der erforderlichen näheren Verhandlungen mit der Stadt Calw zu betonen und die endgültige Entscheidung der nächsten Tagung des Verbandesausschusses vorzubehalten. Die Jungengründung des Werks soll in Bälde erfolgen.

Die Volksschulkommission der Ersten Kammer sollte ursprünglich am Montag den 21. Juni zur zweiten Beratung der Volksschulnovelle zusammenzutreten. Wegen Unabkömmlichkeit des Richterspräsidenten Fürsten Adenstedt-Rosenberg ist die Sitzung auf Montag den 28. verlegt worden.

Stuttgart, 21. Juni. Unter den im Erstjahre 1908 beim 13. Anwerferkongreß eingestellten 9940 Rekruten befindet sich dieses Jahr kein einziger Analphabet.

Stuttgart, 21. Juni. Der Hausbau auf dem Begleitplatz-Lagerplatz beschäftigt die Strafkammer am Dienstag den 22. Juni und die folgenden 3 Tage. Angeklagt der fahrlässigen Ermordung hat die Verteidiger Josef Johann und Heinrich Schütte, der Bauherr Hugo Wahl und der Architekt Alfred Böhl. Geladen sind 9 Sachverständige und 26 Zeugen.

Stuttgart, 20. Juni. Die dritte Volkspartei beging heute unter zahlreicher Beteiligung und bei herrlichem Wetter ihr Sommerfest in der alten Reichshalle Bismarck, die sich festlich heraufgeputzt hatte. Während des Festmahls, an dem einige hundert Parteimitglieder teilnahmen, kam ein Begrüßungstelegramm der Reichstagsmitglieder der sächsischen Volkspartei aus Berlin zur Beratung. Bundestagsabg. Böcher brachte das Hoch auf das deutsche Vaterland aus, wobei er die politischen Verhältnisse im Reich kritisierte. Die Volkspartei müßte erweitert werden. Es gebe auch zu viele Parteien, die überflüssige sei die konfessionelle Zentrumspartei. Nach einem Anknüpfen des Redners geht es den Katholiken in Deutschland an. Als sei auch die schwarze Herde kein Bedürfnis. Kirchliches und Weltliches, religiöses und bürgerliches Leben seien streng zu trennen. Die Sonderinteressen betretenden Parteien seien ebenfalls abzuschaffen. Alle liberalen Elemente des Bürgerturns müßten sich zusammenschließen. In Anlehnung an das bekannte Bibelwort sollte der Satz Stellung haben: „Sucht des Reiches Gottes, dann wird es Allen wohl gehen.“ Nachmittags fand auf dem festlich geschmückten Festplatz in den herrlichen Anlagen an dem Oberberg die große öffentliche Volksversammlung statt. Landtagsabg. Dieckhoff sprach zunächst über die Reichsfinanzreform. Nach einem Hinweis auf die historische Entwicklung der Reichsfinanzreform führte Redner aus: die erste Reichsfinanzreform habe absolut nicht das gehalten, was sie versprochen habe. Auch jetzt wolle man größte Borzüglichkeit gegenüber den von den Konfessionen und dem Zentrum vorgeschlagenen Steuern walten lassen. Bis jetzt sei die ganze Behandlung der Finanzfrage eine Lebensgeschichte ohne Gleichen ge-

wesen. Eine Reform nur mit direkten Steuern durchzuführen sei unmöglich und auch die Sozialdemokratie werde das nicht wagen. Für Württemberg würde es sich dabei um die Verdoppelung der Einkommensteuer handeln. Richtiger wäre es gewesen, wenn die Regierung sich sofort auf den Standpunkt der liberalen Programms gestellt hätte. Wenn die Konfessionen von Thron und Altar und Familienkassen ihre Steuern so mehren sie damit ihren Geldbeutel. Die Liberalen haben schließlich Konfessionen und Zentrum allein wirken lassen. Nachdem Dieckhoff die Zentrumspolitik hinsichtlich der vorgeschlagenen Einkommensteuer freigeurteilt hatte, gab er dem Wunsch Ausdruck, daß wenn das mobile Kapital befreit werden solle, der Großgrundbesitz ebenfalls mitgetroffen werden müßte. Die Einkommensteuer sei ungerecht und belaste die Industrie schwer. Durch die Bundesrats wären die Damen bald erkennen, wie hoch der Steuergrad der Liebe ihrer Verehrer eigentlich sei. Bei einer Einkommensteuer hätten die individuellen Einkommenswerte die Basis zu bezahlen. Bezüglich der Besteuerung von Einkünften müßte man Herrn Seidner fragen, ob er nicht wisse, von der Bewegung zur Einrichtung einer ober-schwäbischen Landeszentrale. Diese Steuer laufe auf eine starke Belastung des Mittelstandes hinaus. Auch die Nährer-umsatzsteuer sei zu verworfen. Die Regierung trage die Schuld an der eingetretenen bürgerlichen Verwirrung. Unter Hinweis auf Poppers letzte Reichstagsrede, schloß Dieckhoff mit dem Wunsch, daß sich der konfessionell-liberalen Phalanx eine solche aller liberalen Elemente einschließlich der Sozialdemokratie entgegenstellen möge. Die Zukunft des Vaterlandes hängt davon ab, daß die Interessen der Allgemeinheit den Sonderinteressen übergeordnet werden. Bundestagsabg. Dr. Glack sprach sodann über allgemeine Reichspolitik. Es fehlte bei uns an dem Ausbau der Verfassung und Regierung. Solange der große Einfluß der in geschlossenen Sitzungen tagenden, an Institutionen gebundenen Bundesräte nicht beseitigt wird, bekommen wir keine besseren Verhältnisse. Die Unklarheit und Unklarheit der politischen Lage ist in Deutschland permanent. Der ganze Schlüssel der politischen Situation ist das Verhältnis Preussens an dem cindestem aller Wahrscheinlichkeit. Die Politik der Vor-macht Preussens wirkt lähmend auf die Verhältnisse im Reich. Wie in Preussen die Justiz gehandhabt werde, das zeige der Fall Eulenburg. In Süddeutschland wäre eine solche Gerechtigkeit unmöglich. Ein Stuttgarter Eulenburg wäre weder bis Göttingen noch bis Bismarck gekommen. Der Schlüssel der ganzen politischen Situation liegt nicht darin, daß die preussische Regierung es einfach nicht magt, die Erbschaftsteuer gegen die Jauer einzuführen, weil dadurch deren Schenkungen zu Tage kommen würden. Die Erbschaftsteuer sei eine Offenbarung- und Konfessionssteuer. Wie lassen wir das abgeleitete Zentrum und seine alte Liebe, die Konfessionen mit einem Male wieder zusammen? Redner wies auf die Worte Goethe's hin, von den Dingen und Ritten, die Kirche und Reich zum Lohn nehmen. Der Familienkassens der katholischen Geistlichen werde bei der Erbschaftsteuer hoch gar nicht berührt. Als das Zentrum, vertreten durch den Kapuziner Seidner und Spahn den Konfessionen die Brautwettbewerbsgabe dargebracht hatte, kamen beide wieder zusammen. Wir befinden uns jetzt geradezu in einer Krise. Bayern ist es doch anzuerkennen, daß er mit unerschütterlichem Mut an der Erbschaftsteuer festhalte. Man solle den Reichstag aufhalten und den Liberalen nur: Nicht die Türe zu. Die Komodie ist zu Ende. Dann sei es notwendig, die deutsche Arbeiter-schaft aufzurütteln und sie zu einer praktischen Politik zu bewegen. Man könne jetzt befriedigt ansuchen: Gott sei Dank, der Bloß ist zum Teil. Wenn die Regierung den letzten Rest von Autorität verlieren will, dann soll sie es tun. Der Reichskanzler Herr Bismarck wird beschwunden und der neue Reichskanzler nicht lange mit dieser Mehrheit regieren. Wir aber treten dann wieder auf den Boden der alten gesunden Opposition. Ich glaube an die Kraft der Demokratie und ihre Bedeutung werden auch einmal zum Segen des Vaterlandes einschlagen. Bundestagsabg. Rägele behandelte die Landespolitik. Bezüglich der Schulnovelle führte er aus, daß die Demokraten keine Gegner der konfessionellen Unterrichts seien aber auch keine Freunde der konfessionellen Schule. Wir haben die Möglichkeit der Einführung der Simultanschule, das achte Schuljahr und die Entlassung des Religionsunterrichts durch die Geistlichen gemacht. Die Einführung der schwäbischen Schulaufsicht stelle sich also als das „gotische“ oder wie ein Mitglied der Ersten Kammer gesagt haben soll „verrückte“ Schulgesetz dar. Pöschel's 13 erörterte an das Verhältnis zwischen Zentrum und Volkspartei in früherer Zeit, da Rührer wie Pöschel die Katholiken anforderte gleich im ersten Wahlgang für die Demokraten zu stimmen. Nachdem Redner den Vorwurf der Religionsfeindschaft der Volkspartei energisch zurückgewiesen hatte, bezüglich der früheren Wahlpolitik mit der letzten Wahlpolitik des Zentrums. Nicht das Zentrum sondern die Volkspartei kämpfte für Wahrheit, Freiheit und Recht. Bei dem abendlichen Parteitag hielt Bundestagsabg. Dieckhoff eine Rede über die Demokratie als Trägerin der Lebensdauer.

Stuttgart, 21. Juni. Die Württembergische Eisenbahngesellschaft verzeichnet im Monat Mai d. J. eine Einnahme von 51.440 M., 2665 M. mehr als im Vorjahr. Hieraus entfallen auf den Personenverkehr 20.770 M. (+ 2100 M.), auf den Güterverkehr 27.380 M. (+ 160 M.) und auf sonstige Einnahmen 3390 M. (+ 405 M.).

Tübingen, 21. Juni. Mit der Zahl der evangel. Theologie Studenten (es sind dieses Semesters 330) steht die württembergische Landesuniversität nicht an vierter Stelle wie gemeldet wurde, sondern mit Tübingen, das ebenfalls 330 Studierende zählt, immer noch an erster Stelle im Reich.

Die nächste Sitzung des Reichstages wird am Montag den 28. Juni stattfinden. Die Verhandlungen werden sich hauptsächlich mit der Beratung der Reichsfinanzreform beschäftigen. Die Sozialdemokraten werden voraussichtlich die Einführung der Einkommensteuer ablehnen, während die Liberalen und die Zentrumspartei sich für sie einsetzen werden. Die Verhandlungen werden voraussichtlich bis zum 30. Juni dauern.

Der nachst kommende Fall ist die Halle mit 294, Berlin mit 256, Nürnberg mit 169, Straßburg mit 119. Die weitesten hat Kiel, nämlich 46.

Die Handwerkskammer Kemptingen hielt am 4. d. Mts. eine Versammlung ab, in welcher zunächst die Gesellenprüfungsgelder einem mittellosen Gehalt erlassen werden; dagegen wird in Kemptingen ein Prüfungsausschuß für das Wagnergewerbe errichtet werden, für dessen Besetzung die Kammer am Vorschlag angegangen werden soll. — Die Zentralstelle für Gewerbe und Handel bezieht es als wünschenswert, daß auch weiterhin eine Verbindung der Schulprüfung mit der praktischen Gesellenprüfung vorbehalten werde, wo dies ohne Unzulässigkeiten möglich sei und daß die Bescheidenden der Gesellenprüfungsausschüsse auch künftig noch die Beihilfen, welche sich zur Gesellenprüfung melden, zur Teilnahme an der Prüfung der Gewerbebestellung in Kemptingen aufzunehmen und die etwa bei ihnen einzuwendenden Anmerkungen für die Prüfung in Schulbüchern anzunehmen und dem Vorstand der betreffenden Gewerbebestelle übermitteln. Diese wird beschlossen, den Anregungen der Zentralstelle zwar stattzugeben, dagegen die Prüfungsgangnisse auch ferner — wie hener erstmals — ohne einen Vorbehalt für die Schulprüfungsausgangs anzuwenden. — Die Besuche der Bescheidenden der Gesellenprüfung der Bescheidenden, einem Gesellen eines Meisters am Vorkauf der hiesigen Meisterprüfungsgelder, vermag der Vorstand nicht zu entsprechen, da der Kandidat seine Anmeldung nach Einleitung der Prüfungsarbeiten ohne bringende Veranlassung zurückgezogen hat. — Ueber den Verlauf und das finanzielle Ergebnis der Frühjahrsmeisterprüfungen gab der Sekretär einen kurzen Überblick. Von 215 angemeldeten Kandidaten sind 16 zurückgetreten beim vorgeschriebenen Termin, 2 sind zur Prüfung nicht erschienen. Nicht erschienen sind 13 Kandidaten aus 7 verschiedenen Gewerken. Soweit eine Übersicht über die Kosten der Prüfungen möglich ist, kann ein günstiges Ergebnis erwartet werden. Zum erstmaligen dürfte sich ein Ueberschuß und zwar in Höhe von rund 2000 M. ergeben. — Nach über die Frühjahrs-Gesellenprüfungen erfolgt seitens des Sekretärs ein kurzer Bericht. Die Zahl der Prüflinge hat sich zwar wieder um ein geringes gehoben (1473 gegenüber 1457 im Frühjahr 1908); allein es scheint aus dem Maximum erreicht zu sein, so daß in den nächsten Jahren mit einer ungefähr gleichbleibenden Zahl von ca. 1500 Prüflingen gerechnet werden könne. Die Kosten der Kandidaturen sind infolge einer Sparmaßnahmen der Kammer an die einzelnen Vorständen ersichtlicherweise etwas zurückgegangen. Im ganzen haben sich die Gesellenprüfungen ohne größere Rückstände abgewickelt; der Verfassungsaußschuß wurde in zwei Fällen angerufen. — Die nächste Vollversammlung soll in der Zeit vom 6.—8. Juli stattfinden und folgende Tagesordnung aufweisen: 1. Bericht über die Durchführung der Gewerbebestellungsstelle vom 30. Mai 1908. — 2. Bericht über den Verlauf der Frühjahrs-Meister- und Gesellenprüfungen. — 3. Renovierung der Besatzung. — 4. Abnahme der Jahresrechnung 1908/09. — 5. Beratung des Haushaltsplans 1909/10. — 6. Besprechung der auf dem heutigen Kammerstag zur Beratung stehenden Gegenstände. — 7. Mittellungen; Anträge und Wünsche. An verschiedenen gewerblichen Vereinigungen des Kammerbezirks wurden Unterstellungen zu den Kosten von Interkommunalen bewilligt, ebenso an drei Besuchen eines königlichen Senatspräsidenten. Nach der Vorstandssitzung vom 24. März ist noch nachzutragen: Die Frage der Annahme des Beamtenagendenwesens, die im Hinblick auf die einzuwendenden gesetzlichen Anforderungen der letzten Zeit und die deshalb besonders wichtige Beihilfenkontrolle eine beschleunigte Lösung verlangt, soll in nächste Sitzung eingehend erörtert werden. Beabsichtigt ist die Anstellung eines Beamten für den größeren Teil des Kammerbezirks, worüber die auf dem Juli stattfindende Vollversammlung Beschluß fassen wird. Vom Vorstand des Verbandes deutscher Gewerbevereine ist eine Denkschrift unter dem Titel „Verbands- und Hinterlistbesenen-Versicherung der Handwerker“ ausgegeben worden, welche als neues Vorhaben die Gründung der selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden in die zu errichtende Bezirks- und Hinterlistbesenen-Versicherung der Privatangehörigen aufstellt. Dabei ist der Versicherungsbeitrag für alle Handwerker angenommen, welche nicht in ausreichender Weise bei einer Privatversicherung versichert sind. Die Beiträge, welche von den selbständigen Handwerkern natürlich allein aufgebracht werden müßten, würden sich je nach dem Einkommen zwischen 81 M. und 210 M. pro Jahr belaufen. Der Vorstand ist der Ansicht, daß die Beiträge für den selbständigen Handwerker viel zu hoch sein würden. Und es scheint, als ob vom Verfasser der Denkschrift ein wichtiger, die Lebensfähigkeit des Handwerks berührender Gesichtspunkt ganz außer Acht gelassen worden sei, nämlich die Tatsache, daß der Handwerker im Gegensatz zum Angestellten den größeren Teil seiner Erwerbsgrundlage zur Ansammlung von Kapital brauchen muß, um seinen Betrieb erforderlichen Falles, den Bedürfnissen entsprechend einzurichten, oder auch seinen Nachkommen ein angemessenes Betriebskapital hinterlassen zu können. Er könne deshalb in den weitaus meisten Fällen nicht die oben genannten Beiträge lediglich zur Sicherstellung eines Besondereanspruches aufbringen. — Die Einführung einer weiteren höheren Klasse in das Gesetz betr. die Invalidenversicherung sei keineswegs nach wie vor erforderlich und genügend. Darüber hinaus liegt eine Schwerverversicherung in den meisten Fällen bessere Dienste als eine Besondereversicherung.

Schramberg, 18. Juni. Der vom Staat eingeleitete Stadtschultheißenamt-Direktor, Antonius Parabel, ist hier

nicht auf Rosen gebettet, abgleich er vom ersten Tag seiner Amtsführung an in wirklich verärglicher und unglücklicher Art, unbeten von der Parteien-Not und Gleichbedeutendheit ist, die Verwaltung der Stadt und die Geschäfte des Rathhauses möglichst sachlich zu besorgen. Von dem Berichtserhalter der „Schwab. Tagw.“ scheint eben immer noch zu gelten: „Es brennt ihm seine Narbe, es gärt der alte Groß“; denn in dem genannten Blatt lassen wiederholt Rathhausberichte, die recht einseitig abgefaßt waren und neben tatsächlichen Unrichtigkeiten und Unangenehmigkeiten (siehe Darstellungen) enthalten, die geeignet erschienen, die Geschäftsführung des Rathhausverwalters in ein möglichst ungünstiges Licht zu stellen, ja in einzelnen Fällen geradezu lächerlich zu machen. In der letzten Sitzung der bürgerlichen Kollegien verwahrte sich daher der Vorsitzende H. Schw. Reiter mit großer Entschiedenheit und allem Nachdruck gegen die Ausführungen der „Schwab. Tagw.“

r Mühlungen, 21. Juni. Aus bisher noch nicht bekannter Ursache wurde am Freitag nachmittags auf einem Stückland des Truppenübungsplatzes der Soldat Hubed aus Stuttgart, während er Zeigerdienst vertrat, von einer Kugel in den Kopf getroffen und lebensgefährlich verletzt.

r Heilbronn, 21. Juni. Ein jüngerer Unfall ereignete sich am Samstag früh gleich nach 6 Uhr in der Zanderstraße hier. Dem 21jährigen Arbeiter Klaus von Bessen, der mit dem Aufzug zu schaffen hatte, wurde, als er unter der Türe stand und der Aufzug in dem Augenblick herabsank, der Kopf abgedrückt. Klaus war sofort tot. — Die Leiche des vor einer Woche im Radfahrsturz verunglückten Kaufmannslehrlings Jakob Pfeiffer von Heubach wurde gestern gelandet.

r Heilbronn, 21. Juni. Erhöhen aufgefunden wurde gestern mittag im Röpperwald ein junger, etwa 25 Jahre alter, unbekannter Mann. Bei der Leiche lag noch der Revolver mit 3 Patronen; die Schußwunde im Kopf und die Lage der Leiche läßt mit Sicherheit auf Selbstmord schließen.

r Wöckingen, 21. Juni. Der 28 Jahre alte und seit 2 Jahren verheiratete Arbeiter August Weigner hatte laut Redargition in der Dunkelheit das Kugellod, die Klettertreppe hinabzurollen. Die hierbei erlittenen Verletzungen waren derart schwer, daß der allgemein beliebte und arbeitsfähige Mann, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, verstarb.

r Dussau, 19. Juni. Gestern vormittag hatte sich das zweiährige männliche Kind des Tagelöhners R. Frenner hier während die Mutter mit Hausarbeiten beschäftigt war mit seinem etwas älteren Geschwister vom elterlichen Hause entfernt. Als der Knabe zur Mittagszeit sich nirgends erwidern ließ, wurde sofort nach ihm gesucht, doch nirgends war auch nur eine Spur von ihm zu finden. Erst nach längerem Suchen wurde er von Polizeidiener Heyd in einer ziemlich tiefen Wassergrube nicht weit vom Hause entfernt, im Schlamm ertrinkt, tot aufgefunden.

Der Handaband.

Berlin, 19. Juni. Gegen die Kritiken, welche über die Zusammenlegung des Handabandes, namentlich in der Presse der konservativ-agrarischen Richtung und des Zentralrats gegenwärtig geübt werden, wendet sich in einer Zuschrift der Handaband: Man verdamme geflissentlich die Bewegung als eine Sache von Spiel und Börse und gewalle sich daran, auf angeblich unüberwindliche Gegensätze zwischen Handel und Industrie hinzuweisen. Ueber die angeblichen Gegensätze geben sich diese Blätter einer Selbsttäuschung hin. Die Vorstellung, daß in der Beurteilung der sozialen Fragen zwischen Handel und Industrie ein unüberwindlicher Gegensatz bestehe, knüpft an die im Grunde recht bedeutungslosse Auster-Gesetze im Jahre 1874 an. Selbst wer in sozialpolitischen Fragen einer radikalsten Richtung zuzuneigen, werde sich der Bedeutung der von Auster vorgeschlagenen Zahlen über den Umfang der Opfer, den die deutsche Industrie an Abgaben und sozialen Lasten dem Gemeinwohl bringe, nicht verschließen und hiernach nur folgern, daß es höchst ungerecht und gefährlich sei, der Industrie nun auch noch an den Kosten der Reichsreform den Hauptanteil aufzubürden. Er werde den Sach, daß die Schaffung lohnender Arbeitsgelegenheit die beste Arbeiterfürsorge sei, rückhaltlos unterstützen.

Stuttgart, 19. Juni. Der Handaband erläßt eine Einladung, die von etwa 50 Reproductionen aus dem Handel, der Industrie und dem Handwerk, sowie von einzelnen im Wirtschaftsteilen hervorragenden Persönlichkeiten unterzeichnet ist, zu einer am 27. d. Mts. zu Stuttgart stattfindenden Versammlung.

Deutsches Reich.

Die Biergläser werden kleiner. Der Bundesrat will das Gesetz über die Schanzgefäße ändern. Jetzt wird das Fassmisch der Gläser in einheitlich unter angegeben. Künftig soll es in einpaarzigstellige unter angegeben werden. Auf diese Weise hofft man, die Abwägung der Braukosten auf die Biersteuer leichter bewerkstelligen zu können. Im übermäßigen „Schreiben zu verhindern, soll das Fassmisch um 2 cm erhöht werden.“

Das Militär-Ersatzgesetz Parsenal II, dessen Projekt kürzlich einer Umarbeitung unterzogen wurde, unternehm gestern früh einen neuen Auszug, der aber nur 15 Minuten währt, da die alten Ränge trotz der Verbesserungen sich von neuem bemerkbar machen.

r Pforzheim, 19. Juni. In dem benachbarten Ortfringen brachten vor einigen Tagen drei Wohnhäuser und zwei Schuppen ab. Die Ursache war Brandstiftung.

Jetzt ist der Urheber durch einen eigentümlichen Zufall entlarvt worden. Der Täter ist der 19jährige Goldschmiedelehrling Wilhelm Seiberlich. Er hatte von seinem Kammeraden eine Rekrutenkasse mit mehreren hundert M. zu verwalten und verwahrte das Geld. Um die Verrentung zu vermeiden, schenkte er das Haus an. Nachher befehlte er, die Kasse sei im Feuer verbrannt. Als man aber unter den Trümmern nachgrub, fand man die Kasse, in der die Kasse sein sollte, noch unberührt vor. Dadurch wurde Seiberlich entlarvt. Er leute sofort ein Geständnis ab.

Das Landgericht in Karlsruhe hat die Wiederentnahme des Beschlusses gegen den Reichsanwalt Karl von abgelehnt.

Im Heiratsraum des Panzerregiments Prinz Adalbert platze Reibungen aus Kiel zufolge gestern vormittag ein Dampfrohr. Durch den ausströmenden Dampf wurde der Heizer Kaschowitz getötet und der Rajshinmann Schramm verbrüht.

Kiel, 21. Juni. Das dem Großadmiral v. Rößler anlässlich seines 50jährigen Dienstjubiläum vom Prinzen Heinrich von Preußen heute überreichte kaiserliche Hand-schreiben, datiert Hamburg, 21. Juni, hat folgenden Wortlaut:

Ich spreche Ihnen zu dem heutigen Gedächtnistage Ihres vor 50 Jahren erfolgten Eintritts in den Dienst der Marine herzlichsten Glückwunsch aus und ermahne mich hierbei erneut und dankbar Ihrer hohen Verdienste um meine Marine. Als höheres Zeichen meiner gütigen Gefinnung verleihe ich Ihnen die dabei folgenden Brillantur zu meinem hohen Orden vom Schwarzen Adler. Mit dem Wunsch, daß es Ihnen fernst wohl ergehen möge, verbleibe ich Ihr wohlgeachteter

Wilhelm I. R.“

Die Sieger der Prinz-Heinrich-Fahrt.

München, 19. Juni. Gestern abend wurde das Ergebnis der Prinz-Heinrich-Fahrt offiziell bekannt gegeben und stellt sich wie folgt: 1. wurde Kommandeurat Wilhelm Opel auf „Opel“ (Preis des Kaiserl. Automobilklubs); 2. Willi Böge auf „Mercedes“ (Preis des Bayerischen Automobilklubs); 3. Rittmeister auf „Opel“ (Preis des Oesterreichischen Automobilklubs); 4. Edward Forchhammer auf „Benz“ (Preis der Ungarischen Automobilklubs); 5. Graf Sock auf „Opel“ (Preis der Stadt Wien); 6. Dr. Ludwig Opel auf „Opel“ (Preis der Stadt Bielefeld); 7. Graf Kolowrat auf „Laurin und Klement“ (Preis der Stadt Berlin); 8. Fr. Wandersleben auf „Ablet“ (Preis des Grafen Andros); 9. Adam Paul auf „Ablet“ (Preis des Grafen Jidy); 10. Will D. Jerrman auf „Opel“ (Preis des Grafen Karol); 11. Franz Heine auf „Ablet“ (Preis des Herrn Karl Gadow); 12. Hugo Krom auf „Ablet“ (Preis des Herrn Nikolaus Jolmay). — Bei der Schnelligkeitsprüfung bei Baden erhielt den 1. Preis Wilhelm Opel, den 2. Preis Graf Kolowrat, den 3. Preis Willi Böge. — Bei der Schnelligkeitsprüfung im Forderzieder Park erhielt den 1. Preis Wilhelm Opel, den 2. Preis Rittmeister, den 3. Fr. Willi Böge. — Es wurden noch Spezialpreise verteilt für den besten Fahrer jeden Klubs, der bei der allgemeinen Bewertung und bei der Schnelligkeitsprüfung seinen Preis erhalten hat. Dabei erhielten Preise: vom Kaiserl. Automobilklub: Hoch; vom Oesterreich. Automobilklub: Pfarrer-Wieners Reinfeld; vom Ungar. Automobilklub: Dr. Graf und vom Bayer. Automobilklub: Stadtpatruen-München.

Ausland.

Wien, 18. Juni. Im Abgeordnetenhause brachte der Abg. Graf eine Vorlesung des oberösterreichischen Bundes-Schulrats zur Besprechung. In einem Schlußwort war eine große Anzahl von Schülern mit Korndelven geschmäht worden. Der Landeschulrat hatte darauf in einem Erlaß diesen Schandverbot, indem er darauf hinwies, daß nach dem vaterländischen Programm jeder Kreise die Korndelven das Symbol von Leidenen sei, welche auf Angliederung der österreichischen Länder an das Deutsche Reich abzielen. Der Abg. wies auf die Möglichkeit dieses Erlasses hin und sprach die Hoffnung aus, daß man ihn möglichst bald wieder zurückziehen werde.

Rom, 21. Juni. Hier geht das Gerücht, daß der Tod Benedikt's unmittelbar bevorsteht. Die Kaiserin Lotta habe bereits die Regierung übernommen. Die Nachricht ist momentan unkontrollierbar.

Paris, 21. Juni. Wie unter dem 17. d. Mts. auch hier gemeldet wird, steht der Kogel die Bemerkungen in der Umgebung der Hauptstadt fort. Old Robinson-Cheerup ist in Fez eingetroffen, sofort vom Sultan empfangen worden und gleich wieder abgereist, um den Kogel mit 1 Tabor (Bataillon) Regter und 4 Taborer der von dem Beni-Rter gestellten Mahalla zu bekämpfen.

Ueber die politischen Folgen der Kaiserzusammenkunft anheute sich der Petersburger deutsche Botschafter Graf Douvales folgenbermaßen: Es ist beschlossen, auch hinsichtlich der Einleitung von politischen Fragen sich an die traditionelle Freundschaft und das gegenseitige Vertrauen zwischen beiden Staaten zu halten. Darin wird der beste Weg zur Erhaltung des Friedens und des Einvernehmens erblickt. Die Aufregung einzelner englischer Blätter war grundlos. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland widersprechen durchaus nicht dem englisch-russischen Einvernehmen, das sich auf Fragen in Zentral-Asien bezieht, speziell auf Persien und Tibet, wobei Deutschland keine Interessen verfolgt und deshalb von einer Konkurrenz nicht gesprochen werden kann. Rußland verlangt wohl ein Einvernehmen mit England, das ebenso natürlich ist wie die guten Be-



gehungen zwischen Russland und Deutschland, die auch Deutschland zu erhalten befreit ist.

London, 19. Juni. Die Besichtigung des Dampfers "Woodburn" durch die Russen scheint erster zu sein, als zuerst gelaufen gemacht wurde. Der Petersburger Korrespondent der "Daily News" hat sich nach Helsinki begibt und den Russen geschrieben, der das Schiff feierte. Die Polizei hatte dem Dampfer die Erlaubnis gegeben, abzufahren. Plötzlich hörte man von einem russischen Torpedoboot unverständliche Befehle. Gleich darauf wurden blinde Schiffe abgegeben. Der Kapitän lehnte augenblicklich an. Da aber der Dampfer notwendig erst eine Drehung beschreiben mußte, so schienen die russischen Seeleute geglaubt zu haben, der Engländer wolle auf die Kaiserjacht "Standart" losfahren. Auf dem "Woodburn" wurde ohne Panne ein scharfer Kanonenschuß abgegeben, ein Schornstein zertrümmert und durch Splitter ein Mann schwer und angeblich vier Mann leicht verwundet.

Die maßgebende Londoner Presse sieht den Vorfall, vielleicht einer höheren Inspiration folgend, möglichst zu verdrängen. Das kundliche Amt entfaltet ausfallend geringen Eifer, das Ereignis anzukündigen, und die "Daily News" fragt ironisch, ob auch Formalitäten wie eine Entschädigung von russischer Seite und Zahlung einer Entschädigung durch die Entente überflüssig gemacht würden.

Belgrad, 18. Juni. Zwischen der serbischen Regierung und Pariser Finanzgruppen ist man zu einer Einigung wegen einer Anleihe von 150 Millionen gekommen.

Bissalon, 20. Juni. In Verbindung mit dem Königsmord vom 1. Februar 1908 sind jetzt mehrere Verhaftungen von Arbeitern erfolgt.

Madrid, 20. Juni. Nach bisher gelangten Meldungen liegt der spanische Thronpretendent Don Carlos auf einer

seiner italienischen Besitzungen hoffnungslos infolge Schlaganfalls darnieder. Er ist gelähmt und hat die Sprache verloren. In hiesigen politischen Kreisen besteht die Ansicht, die Garfinkelpartei, die letzten Part unter inneren Streitigkeiten um den Führerposten gelitten hat, werde nach dem Tode von Carlos wegen des mangelnden Einflusses seines Sohnes der Auflösung verfallen.

London, 21. Juni. Reynolds's Newspaper meldet, daß die jüngst auftretenden Gerüchte über den ungünstigen Gesundheitszustand des Königs zwar übertrieben seien, daß diesem jedoch von den Ärzten empfohlen sei, sich die größtmögliche Schonung anzuerlegen, vor allem seine repräsentative Tätigkeit einschränken.

Landwirtschaft, Handel und Verkehr.

Stuttgart, 19. Juni. (Wochenmarkt.) Starke Zufuhr und reger Kauftrieb waren das Zeichen des heutigen Marktes. Auf dem Viehmarkt kosteten Rindern 8-15 /- pro Hund, für schone schwarze verlangte man 18 /- /- Verküfingen kosteten 20-45 /- pro Hund. Auf dem Genußmarkt zahlte Gurken zu 20 und 40 /- reichlich Kopfsalat zu 5 und 6 /-, Kohlrabi 5 und 6 /- das Stütz, Brockrischen 18-20 /- pro Hund, gelbe Rüben 5-10 /- der Bund. Untertürkheimer Spargeln sind nur noch vereinigt zu sehen. Auf dem Wildpret- und Geflügelmarkt verkaufte man zu den seitherigen Preisen.

Wochenbericht der Zentralvermittlungsstelle für Ochsenverwertung in Stuttgart.

Ausgegeben am 19. Juni 1908.
Weiter eingehende Rindern-Berichte aus Württemberg: Unterinsgesamt, 500 Ztr. roch- und schwarzfarbene, Juni-Juli, Neufles, 4000 Ztr. schwarze Braunfarbene, Anfang Juli. Kaufkraft stellen die Schaltherrschmäler. Angebote liegen vor in Rindern aus: Württemberg, Dettlingen a. Tross, Neckarbrunn und Weinsberg, in Stadelheim und Tettnang, in Göttersen und Weinsberg, in Waldenbuch und Bühlge. Nachfrage in: Rindern aus: Ger-

brachten, Blauweizen, Württemberg (oben), Nürnberg, Markt Wm, Stein, Rindern, in Dettlingen und Gailbach und Göttersen, in Göttersen und Weinsberg und Markt, in Schwarzen Johannidörren und Cannstatt, in Göttersen und Markt, in Württemberg Markt aus Göttersen. Kaufkraft trotzdem durch die erst. Bismarck-Stelle für Ochsenverwertung, Stuttgart, 1908. Durch welche Verbindungen mit allen bedeutenden deutschen Ochsenvermittlungstellen, insbes. in d. Deutschen Viehwirtschaftsvereine, sind wir in der Lage, zahlreiche größere Angebote und Nachfragefragen in Stein, Bismarck und Göttersen zu vermitteln. Preiszeitige Annahme der abgedruckten Quantitäten ist dringend erforderlich. Angebote und Nachfragefragen müssen nach erstmaliger Aufnahme erneuert werden. Groß-Marktpreise in Stuttgart am 19. Juni: Rindern 13-18 /-, Göttersen 20-25 /- per Ztr. Zufuhr sehr stark, Verkauf sehr lebhaft.

r. Stuttgart, 21. Juni. Schlachtviehmarkt.		Dahle. Saulen. Kalbein u. Käse. Rinder. Schweine	
Zugochsen:	21	7	207
Verkauf:	21	7	207
			158
			168
			441
Größe aus 1/2, kg Schlachtgewicht		Hering	
Hefen von 75 bis 80		von 67 bis 67	
Ochsen	70	Rinder	47
	70	Rinder	57
	67		57
	82		78
Stiere und	75	Schweine	70
Jangrinder	75		67
	75		67
			67
			67

Verkauf bei Markt: mäßig belebt.

Kaufkraft-Eröffnung.
Firma Hoffmann u. Schell in Remmington, offene Handelsgesellschaft zum Betrieb einer Metallwarenfabrik.

Witterungsvorhersage. Mittwoch den 23. Juni. Wolkig, gewitterig, schwül.

Druck und Verlag der G. W. Zaiser'schen Buchdruckerei (Gut: Sulen) Nagold. - Für die Redaktion verantwortlich: A. Hauer.

Holzbronn.

Einladung zur 30ger Feier.

Alle im Jahre 1879 Geborenen von Stadt und Land laden wir zu einer geselligen Unterhaltung auf **Sonntag, den 27. Juni** in das Gasthaus z. „Rösle“ bei **H. Bockbier** freundlichst ein.

Mehrere 30ger.

Neu! :: Praktisch! :: Neu!

Tintenfabrik in der Westentasche!

Innerhalb weniger Augenblicke erhält man eine **vorzügliche Schreib- und Kopiertinte** in roter, grüner, blauer, schwarzer und violetter Farbe, wenn man die geschl. gesch. **Tintenpapiere** in etwas heißem Wasser auflöst. Die Tinte eignet sich sowohl für Schule, Haus, Geschäft, überhaupt für jeden Schreibenden. Ein Karton mit 12 verschiedenen Tintenblättern nur **30 /-**. **Alleinverkauf für Nagold und Umgebung:** **G. W. Zaiser'sche** Buch- und Schreibmaterialienhandlung.

Bitte ausschneiden.

Trültzsch's Citronensaftkur

Naturheilkräftiger Citronensaft aus frischen Citronen gegen Gicht, Rheuma, Fettsucht, Ischias, Hals-, Blasen-, Nieren u. Gallenst. Probe, nebst Anweisung u. Dankschr. v. Gehelster, bei Angabe d. Zeitung gratis u. franko oder Saft v. ca 60 Citronen 8.25, v. ca 120 Citr. 5.50 frko. - (Nachh. 30 Pf. mehr.) - **Wiederverk. gesucht.**

Zu Küchennutzen u. Bereitung erfrischend. Limonaden unentl.
Hofrat Trültzsch, Berlin O. 24, Königsbergerstr. 17.
Lieferant fürstl. Hofhaltung. Nur echt mit Plombe M. T.
Rheumatismus. Herr Ph. M. schreibt: Nach Gebrauch Ihres Citronens. ist zum aller benehmt, ich fühle mich in die Kniegelenke zurückgesetzt trotz m. 52 Jahre. Mein Körper war ein reines Durcheinander: Magendr., Schwindel, Appetitlosigkeit, Mattigkeit, in d. Gliedern u. zeitweilig heft. Schmerzen in denselb., Rücken u. Nacken u. Muskeln der Oberextremitäten u. Gicht in den gr. Zehen mit hef. Schmerz u. Geschwulst über die Waden. Ich fühle mich verpfl. Ihren Citronensaft aufs wärmste zu empf. **Fettsucht.** Ihnen zu m. Freude mit, dass ich 8 Pf. abgenommen habe, u. werde Ihr Saft kühlend, in m. Hause nicht fehlen lassen. **Fr. A. F.**

Wiederverkäufer gesucht.

Nagold.
Geunden
1 Schlüssel.
Abzuholen in der Exped. d. Bl.

Waldborf.
Suche noch einige Waggon alte
Kartoffel
pro Ztr. zu 1.70 /-
Offerten nimmt entgegen
Gottlieb Zeitter.

Nagold.
Am Johannisfesttag, den
24. Juni, vorm. 11 Uhr verkauft
Unterzeichneter 1
Baufchaber
**Milch-
schweine.**
Witth. Grünanger.



Wiltberg.
Umstände halber verkaufe eine
34 Wochen mit dem 2. Kalb trächtige
**Schaff-
Aub.**
Diesland, Bahndörfer a. D.



V.Grosse Würft.
**Rote
Kreuz-
Geld-
lotterie.**

Ziehung garantiert am 25. Juni 1908.
2000 Gewinnlose, kleine Aktien, mit 200.
64000 M
Hauptgewinn:
30000 M
10000, 3000 M.
Zu haben in der Zaiser'schen Buchdruckerei, Nagold, bei Hermann Wiltberg, Wiltberg, Wiltberg.
Kaufkraft: Bismarck, Wiltberg, Wiltberg.

Kontobüchle
zu haben bei **G. W. Zaiser.**

Stuttgart.
Dr. med. Schaller,
Frauenarzt u. Spez.-Arzt für Harn- u. Blasenleiden,
zurückgekehrt.
Sprechst. Marienstr. 48, 3-5 Uhr ausser Sonntags.
**Privatfrauenklinik
und Privatentbindungsanstalt**
Hermannstr. 13.

Nagold.
Mehrere
Mädchen
werden zu leichter, reinlicher Arbeit bei hohem Lohn als Hilfsarbeiterinnen sofort angenommen.
Friedrich Speidel,
Kettenfabrik.

Hausfrauen! Beachtet in eigenem Interesse, dass
Harr's Sparkernseife
unstreitig die beste und billigste für den Haushalt ist!



Kleinverh. Schwarzwälder Dampf-Seifenfabrik
Gehr. Harr, Nagold (Würt.)

Nagold.
Wein Baumgut
beim Rindhofische ich zu verkaufen oder den Futterertrag zu verpacken. Liebhaber wollen sich an mich wenden.
Wilhelm Knobel.

Nagold.
Kaufm., Polizeisoldat,
verkauft oder verpachtet
**2
4 Wiese**
im Aueb. Liebhaber wollen sich an mich selbst wenden.

Bildhübsch
macht ein gutes, reines Gesicht, fostert jugendliches Aussehen, weicht, sammelt weiche Haut und blendend schöner Teint. Was dich erregt die allein echte
Stedenpferd = Milkenmilchseife
s. Bergmann & Co., Rabenstein & Co. 50 Pf. bei: G. W. Zaiser und Louis Köhle, Göttersen.
**Mitteilungen: Standesamt
der Stadt Nagold:**
Geburten: Otto Georg, S. d. Karl Benj. Karlsruhlerstr. von Ottensheim in Baden, den 21. Juni.

Gesicht ist mit ...
Preis ...
1.10 M., mit ...
1.20 M., mit ...
1.35 M., mit ...
Württemberg ...
nach ...

M 143

Der ...
in diesen ...
das Abonn ...
1909 ein ...
Bezug des ...
vermeiden ...

Die Be ...
Zustimmung ...
lichen ...
so daß ein ...
scheidungen ...
vorzeitig die ...
Juni wieder ...
angefallen, d ...
Best, daß n ...
ersten Range ...
Beteiligung m ...
auf diesen ...
der Regierung ...
der ...
allein auch ...
als er neben ...
der besten ...
Herangiehu ...
Steuern for ...
Es ge ...
Regierung b ...
schon ...
worden, we ...
einer gewis ...
gegen hatter ...
die an sich ...
die jedoch ...
aufschießend ...
bedauerlich ...
der in geme ...
scheitern sol ...
Kommission ...
in seinen ...
Regierung b ...
ruhen ...
würde die ...
würde. M ...
alle Bürger ...
ihre polit ...
der einen o ...
Unzufrieden ...
Politik ...
Für ...
tage ein ...
Zusammen ...
die Berdru ...
bürgerliche ...
hätten. D ...
worden se ...
richtung an ...
deutsche ...
Fürst Bism ...
Staatsleber ...
Kreisten geb ...
land lerne ...
höher zu ...
nicht bergr ...
deutsche ...
und noch ...
in politis ...
denk als ...
sprechend ...
Ran